

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 72. Jg, JUNI 2021

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

„So werden wir Oberösterreich verändern!“

Birgit Gerstorfer
im Interview

Seite 6

Wahlkampf:

Politische Ausgangslage
und Zukunft Oberösterreichs

Seite 4

Elementarbildung:

Mehr „Knödel“
für die Kindergärten

Seite 8

Industrie:

Warum der Staat
jetzt handeln muss

Seite 10



MEIN BONUS

Für mich soll's viele Punkte regnen.

Punkte sammeln und regionale Vorteile abstauben.
Der Kundenklub der Energie AG ist voller Heimvorteile und attraktiver Angebote. Jetzt registrieren, punkten und gewinnen!

www.energieag.at/meinbonus



Barbara Haas,
WTA-Tennisprofi



ENERGIE AG
Oberösterreich
Wir denken an morgen



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation **unter Berücksichtigung der Corona-Maßnahmen** stattfinden kann? Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



Eben noch direkt auf der Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase. Nutzen Sie unsere 300 m² als Spielwiese für Ihre Ideen.



www.centrollinz.at
office@centrollinz.at
+43 (0) 5 7726 1199

Folgen Sie uns auf Facebook & Instagram // @centrollinz

Alle Infos zu den Veranstaltungen & zur Vermietung unter www.centrollinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrollinz.at | +43 5 7726 1199

Ist es schon vorbei?

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Ist es schon vorbei? Oder sehen wir nur das Licht am Ende des Tunnels? Oder ist es gar nur die schon bekannte Verschnaufpause im Sommer? Es geht natürlich um Corona. Ganz genau weiß es niemand, aber es scheint so, dass uns zwar der Virus und die von ihm ausgehende Gefahr weiter begleiten wird, aber es scheint auch so, dass mit den Impfungen erstens die gesundheitliche Gefährdung deutlich reduziert wird und zweitens damit auch die massiven Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens zurückgefahren werden können.

Viele Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft sind während der Corona-Zeit deutlich geworden. Darauf muss die Politik nun reagieren. Und diese politischen Reaktionen haben nichts mit dem Virus und der Pandemie zu tun, sie sind dadurch

bloß deutlich sichtbar geworden. Das ist übrigens keine neue Erkenntnis: Vor 129 Jahren schrieb Victor Adler während einer Cholera-Epidemie „so bringt das Hereinbrechen einer schweren Seuche der Gesellschaft ihre eigenen Zustände, die sie längst kennt, aber von denen sie gewaltsam die Augen zu schließen gewohnt ist, zu grellem Bewusstsein.“

Damals wollten die Mächtigen und Herrschenden nach der Seuche das Verschließen der Augen vor den gesellschaftlichen Missständen möglichst schnell wieder erreichen, denn sie wollten sich ja nicht in Frage gestellt sehen. Das wird auch jetzt wieder versucht werden. Die Sozialdemokratie muss aber das gestiegene Bewusstsein für die herrschenden Ungerechtigkeiten nutzen, um die Überwindung der sichtbar gewordenen Mängel und Probleme voranzutreiben.

Inhalt

- 4 Wahlkampf:** Über die politische Ausgangslage vor den Wahlen und die Zukunft Oberösterreichs schreibt Georg Brockmeyer.

- 6 Interview:** Birgit Gerstorfer im Gespräch mit dem Bildungskurier über die bevorstehenden Wahlen und die Zukunftspläne der SPÖ Oberösterreich.

- 8 Elementarbildung:** Mehr Knödel für Kinderbildungseinrichtungen fordert Doris Margreiter von den OÖ Kinderfreunden.

- 10 Industrie:** Warum der Staat wieder eine aktive Rolle in der Industriepolitik einnehmen muss, erklärt Johannes Rendl.

- 11 Pflege:** Über Pflege-Baustellen, nicht nur in Oberösterreich, berichtet Heidemarie Staflinger.



4



6



10



11



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werbing GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Döbesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbing Ges.m.b.H.

Nr. 02/21, Juni, SPÖ OÖ-Info-Nr. 2/2021, GZ 02Z032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Die Zukunft Oberösterreichs

Fast sechs Jahre ist es her, dass die Wahlen in Oberösterreich eine ÖVP-FPÖ Mehrheit ausgegeben haben. Was ist seither passiert? Und vor allem: Wie soll es weitergehen?

GEORG BROCKMEYER

Stelzers Geiz-Kurs Die Zeit, die verstrichen ist, seit Stelzer und seine blauen Gehilfen regieren, fühlt sich doppelt so lange an, wenn wir zurückblicken, was in dieser Zeit alles passiert ist: Landeshauptmannwechsel, Kanzlerwechsel, Präsidentschaftswahlen, Ibiza, Corona und vieles mehr.

2017 hat Landeshauptmann Stelzer eine gesetzliche Schuldenbremse eingeführt. Es war der Startschuss seiner Geiz-Politik. Hinter der neoliberalen Idee einer Schuldenbremse – oder besser gesagt „Wohlstandsbremse“ – steckt ein volkswirtschaftlicher Denkfehler. Ein Staatshaushalt ist nicht mit einem Privathaushalt gleichzusetzen. Ausgaben des Staates sind viel mehr eine Art vorfinanziertes Wachstum, denn sie finanzieren öffentliche Infrastruktur. Stelzers Geiz-Kurs hat die Corona-Krise massiv verschärft: Kürzungen in der Verwaltung, dem Sozial- und Gesundheitsbereich sowie rigoroser Stellenabbau führten zu überfüllten Spitälern, ausgebrannten Mitarbeiter*innen sowie einer mangelhaften Infrastruktur (kaum Testmöglichkeiten, regelmäßiges Anmeldechaos, etc.).

Gebühren für die einen, Milliongescenke für die anderen

Was ÖVP und FPÖ der oberösterreichischen Bevölkerung mit der Wohlstandsbremse genommen haben, haben sie sich auch noch auf der Einnahmenseite vergüten lassen. Allerdings nicht von den Superreichen, sondern von den Familien und Kindern im Land. 2018 wurden Gebühren für die ganzwöchige Nachmittagsbetreuung eingeführt. Bis zu 110 Euro pro Kind und Monat (ohne Essen) wird von den Eltern verlangt. Seitdem die Eltern im Kindergarten Eintritt bezahlen müssen, meldeten rund 20 Prozent ihr Kind von der Nachmittagsbetreuung insgesamt oder an einigen Tagen ab. 73 Prozent der Eltern fühlen

sich finanziell belastet. In weiterer Folge führte die Gebühr zu kürzeren Öffnungszeiten, womit die Kinderbetreuung in Oberösterreich zusätzlich verschlechtert wurde.

Großzügig zeigt sich die Stelzer-ÖVP dafür gegenüber den wohlhabenden Oberösterreicher*innen. Eine Gesetzesänderung machte es möglich, dass bestimmte Manager*innen in öffentlichen Einrichtungen jetzt mehr als 239.000 brutto im Jahr verdienen können. Dabei sind es nicht die Top-Gehälter, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Sondern jene, die samt 40-Stunden-Job nicht über die Runden kommen. Die einzige Antwort auf diesen Missstand ist ein Mindestlohn von 1.700 Euro.

Auch Freunderlwirtschaft wird im Land ob der Enns großgeschrieben, seitdem Stelzer die Zügel in der Hand hat: Im Zuge der Corona-Krise beschaffte das Land Schutzausrüstung im Wert von 70,3 Mio. Euro. Ein großer Auftrag über 4,5 Mio. ging dabei an den ÖVP-Wahlkampfmanager Walter Schnauder, der bis zu sechs Mal mehr als andere Anbieter*innen verlangte. Erschwerend kommt hinzu: Die Schnauder & Partner GmbH hatte nicht einmal eine Gewerbeberechtigung, um mit medizinischer Schutzausrüstung zu handeln.

Es geht auch anders!

Bei den Wahlen im Herbst geht es darum, wie die Auswirkungen der Krise gemeistert und gestemmt werden. Und hier ist der Zeitgeist klar auf der Seite der Sozialdemokratie. In allen Umfragen haben die Themen Arbeit und Wirtschaft Hoch-

DER AUTOR:

Georg Brockmeyer ist Landesgeschäftsführer der SPÖ Oberösterreich.



konjunktur. Der SPÖ wird die größte Lösungskompetenz zugetraut. Ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt: Eine neoliberale Politikerzählung findet keine Mehrheiten mehr, auch nicht bei den klar deklarierten Parteigänger*innen von ÖVP und FPÖ. Ein Beispiel: 69 Prozent der FPÖ-Wähler*innen schließen sich der Forderung nach einer Vermögenssteuer an und sogar unter den ÖVP-Anhänger*innen gibt es eine deutliche Mehrheit (64 Prozent) für das SPÖ-Modell. In den kommenden Jahren gilt es, diese Mehrheiten zu nutzen, um in drei zentralen Bereichen Fortschritte zu erzielen: Arbeit, Bildung und Pflege.

Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der alle Menschen die Garantie haben, dass neben der Arbeit genug Zeit für Familie und Freundschaften bleibt. Das ist Lebensqualität.



Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz

Wir Sozialdemokrat*innen stärken gerne die Wirtschaft, aber nicht um jeden Preis: Wer unsere Hilfe will, darf nicht mit Entlassungen und schlechteren Arbeitsbedingungen drohen. Wir sind überzeugt, dass die 40-Stunden-Woche der Vergangenheit angehören muss: Wir wollen Arbeitszeit verkürzen, neu verteilen und dadurch neue Arbeitsplätze schaffen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der alle Menschen die Garantie auf einen sinnstiftenden Arbeitsplatz haben und dass neben der Arbeit genug Zeit für Familie und Freundschaften bleibt. Das ist Lebensqualität.

Ein Effekt der Krise ist, dass Regionalität und das Einkäufen im Ort wieder an Wert gewonnen hat. Damit unsere oberösterreichischen Betriebe – der Buchhändler, die Floristin und das Lieblingsgasthaus – nach der Krise gestärkt werden, braucht es einen 1.000 Euro Konsum Gutschein. So bringen wir unserer regionale Wirtschaft wieder in Schwung und schützen gleichzeitig wertvolle Arbeits-

plätze. Und für Geringverdiener*innen und Arbeitslose Menschen sind 1.000 Euro zehn Großeinkäufe für die Familie oder die längst fällige Autoreparatur.

In Bildung investieren, nicht in Reiche

Liebe und Bildung sind Grundpfeiler einer guten Kindheit. Für Liebe können die Eltern am besten sorgen, sie lässt sich nicht institutionalisieren. Aber bei der Bildung braucht es ein kluges System. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass manche Kinder vom Elternhaus besser unterstützt werden können als andere. Einige haben ein eigenes Lern- und Spielzimmer, andere haben nicht einmal einen Schreibtisch. Die Weichen für die Zukunft werden bereits im Kindesalter gestellt. Daher fordern wir die gleiche Bildung für alle Kinder – unabhängig vom Geldbörsel der Eltern. Wir fordern eine gemeinsame Ganztagschule, die alle Kinder beim Lernen unterstützt und mit warmen Mahlzeiten versorgt. Nur so kann echte Chancengleichheit garantiert werden. Homeschooling während der Pandemie

war für einige Familien ein herber Schlag. Nicht nur wegen der zeitlichen Belastung. Sondern weil kein Geld da war, um von heute auf morgen Laptops für die Kinder anzuschaffen. Die Zeit ist gekommen für eine Schulbuchaktion 2.0. Jedes Kind muss einen kostenlosen Lernlaptop bekommen.

Pflege braucht Liebe, Zeit und Geld

Die Pflege ist der Sozialdemokratie etwas wert. Damit man sich bestmöglich um ältere Menschen kümmern kann, müssen die Bedingungen stimmen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine Arbeitszeitverkürzung sind dabei die wichtigsten Hebel und gewährleisten eine bessere „Work-Life-Balance“. Menschen in Pflegeausbildungen sollen finanziell abgesichert und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mit diesen brandaktuellen Themen wollen wir die Oberösterreicher*innen bei den Wahlen im Herbst gewinnen und unser schönes Bundesland in eine bessere Zukunft führen, in der nicht das Geld, sondern der gesellschaftliche Zusammenhalt regiert.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich



www.sparkasse-ooe.at

„So werden wir Oberösterreich verändern!“

Birgit Gerstorfer, Spitzenkandidatin und Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich im Interview mit dem Bildungskurier über die bevorstehenden Wahlen in Oberösterreich und die Zukunftspläne der SPÖ Oberösterreich.

Bildungskurier: Du warst vor Kurzem zusammen mit 4.000 Menschen bei der Demonstration gegen die Schließung des MAN-Werks in Steyr.

Bildungskurier: Die Wahlen rücken näher. Steht die SPÖ Oberösterreich schon in den Startlöchern?

Gerstorfer: Der Startschuss ist bereits gefallen. Unser Plan für ein neues Oberösterreich steht. Unser Konzept, wie wir das Leben für die Menschen besser und leichter machen, liegt am Tisch. Jetzt heißt es „gemeinsam rennen“ und die Menschen von unseren Ideen überzeugen.

Bildungskurier: Was verstehst du unter einem „besseren Leben“ für die Menschen?

Gerstorfer: Ein besseres Leben bedeutet, dass man sich keine Sorgen darum machen muss, ob man einen Pflegeplatz bekommt, ob der Kindergarten im Ort lange genug offen hat, damit Familie und Job unter einen Hut passen, oder ob man morgen überhaupt noch einen Arbeitsplatz hat. Ob arm oder reich, jung oder alt, hier geboren oder nicht: Jeder und jede soll ein gutes Leben mit allen Chancen zur Entfaltung haben.

„Ein längst überfälliger Schritt ist eine Arbeitszeitverkürzung. Es kann nicht sein, dass den einen vor lauter Druck die Decke auf den Kopf fällt, während andere keinen Job finden.“

Bildungskurier: Sichere Arbeitsplätze für alle – wie kann das realisiert werden?

Gerstorfer: Ein erster, längst überfälliger Schritt, ist eine Arbeitszeitverkürzung. Es

kann nicht sein, dass den einen vor lauter Druck die Decke auf den Kopf fällt, während andere keinen Job finden. Das SPÖ-Modell sieht vor, dass bei vier Personen, die ihre Arbeitszeit von 40 auf 32 Stunden reduzieren, ein neuer Arbeitsplatz geschaffen wird. Das Ziel könnte sein, dass in Oberösterreich 30.000 Menschen ihre Wochenstunden reduzieren. Das wären 7.500 neue Arbeitsplätze. Natürlich muss man auf dem Weg zur Vollbeschäftigung noch viele weitere Schrauben drehen. Ganz wichtig wäre auch die Aktion 40.000 für Langzeitarbeitslose.

Bildungskurier: Du hast vor einigen Wochen die Offensive für Arbeit und Produktion gestartet – worum geht es dabei?

Gerstorfer: Das ist unser Programm für eine Wirtschaft mit Herz und Verstand. Wie können wir unsere Wirtschaft nach der Krise wieder ankurbeln? Wie sichern und schaffen wir Arbeitsplätze? Und wie gelingt die Ökologisierung in den verschiedensten Branchen? Das sind nur wenige der Fragen, deren Antworten wir in unserer Offensive für Arbeit und Produktion liefern.

Bildungskurier: Bleiben wir beim Ankurbeln der Wirtschaft. Welche Impulse braucht es dafür?

Gerstorfer: Wir fordern einen 1.000 Euro Konsum-Gutschein. Alle Arbeitnehmer*innen, Pensionist*innen und Arbeitslosen sollen ganz unkompliziert einen Gutschein zugestellt bekommen, den sie bei regionalen Betrieben einlösen können. Ausgenommen ist das reichste Viertel.

Bildungskurier: Und wieso gibt man nicht einfach Geld aus, wie es US-Präsident Joe Biden tut?

Gerstorfer: Der Vorteil eines Gutscheines ist, dass er nicht auf dem Spargbuch landet. Die Mittel kommen dort an, wo



IM INTERVIEW

Birgit Gerstorfer

ist Spitzenkandidatin und Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich sowie Soziallandesrätin.

sie gebraucht werden. Beim Buchlanden nebenan, bei der Floristin im Ort und beim Lieblingswirten. Das sichert Arbeitsplätze in der Region und schützt die Existenzen der Unternehmer*innen. Und Geringverdiener*innen sowie Arbeitslose könnten mit den 1.000 Euro die längst fällige Autoreparatur bezahlen, die neue Waschmaschine anschaffen und beim Nahversorger Lebensmittel einkaufen.

Bildungskurier: Wie viel würde das Gutschein-Programm kosten?

Gerstorfer: 868 Millionen Euro würden direkt in unsere oberösterreichischen Betriebe fließen. Ein Teil käme über die Mehrwertsteuer wieder zurück.

Bildungskurier: Das ist eine Menge Geld.

Gerstorfer: Ja, das ist eine mutige Forderung. Aber das ist genau das, was wir

jetzt brauchen. Mutige, aber kluge Investitionen. Und ich erinnere an die Finanzkrise 2008: Damals hat man nicht davor zurückgeschreckt, Milliarden in die Hand zu nehmen, um die Banken zu retten. Warum sollten wir nun zögern, wenn es um unsere Wirtschaft und unzählige Arbeitsplätze geht?

Bildungskurier: Dein zweites Steckenpferd neben dem Thema Arbeit ist die Pflege. Was braucht Oberösterreichs Pflegesystem am dringendsten?

Gerstorfer: Mehr Orientierung an den Pflegebedürftigen und Angehörigen und bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal. Ich folge dem Grundsatz „mobil vor stationär“. Das heißt konkret: Ausbau der mobilen Pflege, mehr alternative Wohnformen für ältere Menschen mit geringem Pflegebedarf, Ausbau der Tagesbetreuung, Erweiterung der Kurzzeitpflege und Vieles mehr. Und auf der anderen Seite braucht es für die Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung, ein höheres Grundgehalt sowie eine sechste Urlaubswoche.

Bildungskurier: Nicht nur die Corona-Krise, sondern auch die Klima-Krise bedarf unserer Aufmerksamkeit. Gibt es Forderungen der SPÖ für mehr Nachhaltigkeit?

Gerstorfer: Ein wichtiger Schritt ist die Ökologisierung unserer Wirtschaft. Zum Beispiel mit einem Sondertopf für Klima und Arbeit. Dieser soll Unternehmen dabei unterstützen, Zukunftstechnologien einzuführen und die Produktion ökologischer zu gestalten. Um unumkehrbare Kippunkte in unserer Umwelt zu vermeiden, braucht es laut dem Weltklimarat eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf deutlich unter 2 Grad Celsius, nach Möglichkeit sogar 1,5 Grad Celsius. Diese Klimawende bedarf massiver Investitionen. Unser Planet muss uns das wert sein.

„Die Klimawende bedarf massiver Investitionen. Unser Planet muss uns das wert sein.“

Bildungskurier: Du hast eingangs gesagt, dass es dir in den kommenden Monaten darum geht, die Botschaften der SPÖ an den Mann / die Frau zu bringen. Das ist derzeit schwierig, oder?

Gerstorfer: Genau deshalb hat sich die SPÖ Oberösterreich ein großartiges Format

ausgedacht. Ich toure derzeit per Videochat durch die Wohn- und Esszimmer der Oberösterreicher*innen. Unter dem Motto „Bei Dir“ bin ich in den Bezirken unterwegs. Über einen Livestream auf Facebook stellen mir die Bürger*innen Fragen zu den verschiedensten Themen. Im zweiten Format „auf einen Kaffee“ bzw. „auf ein Bier“ treffe ich die Leute in einem privaten Videochat. Dieser ungezwungene Austausch macht mir unglaublichen Spaß und ich kann viel für meine Arbeit mitnehmen.

Bildungskurier: Es ist Wahltag. Die erste Hochrechnung erscheint am Bildschirm. Welche Prozentzahl bringt dich zum Jubeln?

Gerstorfer: 100 Prozent. Und damit meine ich nicht die Zahl im roten Balken. Sondern, dass meine Mitstreiter*innen und ich 100 Prozent im Wahlkampf gegeben haben. Dann werden wir wieder zweitstärkste Kraft in diesem Land sein, können Verantwortung übernehmen und das Leben aller besser und leichter machen.

„Ob arm oder reich, jung oder alt, hier geboren oder nicht: Jeder und jede soll ein gutes Leben mit allen Chancen zur Entfaltung haben.“



Bild: Sebastian Philip

Mehr Knödel für Kindergärten!

Zum Glück gelten Krabbelstuben, Kindergärten und Horte längst nicht mehr als „Aufbewahrungsstätten“ für die Kinder von berufstätigen Eltern. An einer ausreichenden Finanzierung mangelt es trotzdem noch immer.

DORIS MARGREITER

Mittlerweile ist es auch vermehrt zu den verantwortlichen politischen Entscheidungsträger*innen durchgedrungen, dass Kinderbildung kein Kinderspiel ist, sondern eine ernstzunehmende Tätigkeit, basierend auf wissenschaftlichen Grundlagen. An dieser positiven Entwicklung waren auch die Kinderfreunde maßgeblich beteiligt. Kinderbetreuungseinrichtungen werden nun als Kinderbildungseinrichtungen gesehen und der Bildungsdirektion zuge-

„Kinderbetreuungseinrichtungen werden nun als Kinderbildungseinrichtungen gesehen und der Bildungsdirektion zugeordnet. Das ist ein echter Meilenstein.“

ordnet. Das ist ein echter Meilenstein. Doch das Bewusstsein in der Gesellschaft muss weiterhin sensibilisiert

DIE AUTORIN:

Doris Margreiter ist Geschäftsführerin der Kinderfreunde OÖ und Landtagsabgeordnete der SPÖ OÖ



und geschärft werden. Auch wenn schon ein großer Schritt getan wurde, fehlen noch eine Menge Schritte, um

Die Kinderfreunde machen sich in ihrer neuen Kampagne dafür stark, dass es für Kinderbildung „mehr Knödel“ (=Geld) geben muss.



das Feld ganz zu begehen. Um sich nicht im Kreis zu bewegen und mit den Kindern und den Anforderungen im Alltag mitzuwachsen, wird bei den Kinderfreunden Oberösterreich im Bereich der Kinderbildung ständig evaluiert und es gibt eine gut funktionierende Qualitätssicherung. Pädagogische Expert*innen wie Cornelia Egger und Sabine Storm sorgen seit Jahren bei den Kinderfreunden dafür, dass nicht nur das Personal in den Einrichtungen stets am aktuellsten Wissensstand ist, sondern dass auch immer wieder offene Fragen geklärt werden können.

Neue Herausforderungen durch die Pandemie

„Gerade durch die Pandemie sind viele neue Herausforderungen entstanden. Das Verhalten der Kinder hat sich verändert. Es fällt ihnen schwerer, plötzlich wieder soziale Kontakte zu haben und auch in der Hausübungsbetreuung müssen die Horte nun viele Wogen glätten, welche durch das Homeschooling entstanden sind“, erklärt Cornelia Egger, die seit 2012 in der pädagogischen Qualitätssicherung der Familienzentren GmbH der OÖ Kinderfreunde tätig ist. „Die Schulen versuchen nun die Lehrpläne einzuhalten. Das erzeugt bei den Kindern viel Druck und geht manchen Kindern zu schnell. Sie haben kaum Zeit, ihr Wissen zu festigen. Hier sind die Hortpädagog*innen derzeit besonders gefordert.“

Aber auch unabhängig von Corona gibt es neben all den Dingen, die sich verbessert haben, noch viele Möglichkeiten im positiven Sinn zu wachsen. Sabine Storm fordert ein klares Bekenntnis der Politik, die Kinder und Pädagog*innen wesentlich ernsthafter wahrzunehmen. Die Aussage „Die spielen ja nur“ gilt einfach nicht mehr.

Auf die Pädagog*innen kommen immer mehr Aufgaben zu, die in der wenigen Vorbereitungszeit kaum zu bewältigen sind. Das macht diese sinnstiftende Arbeit leider auch sehr fordernd. Dies mag auch ein Grund sein, warum so viele Absolvent*innen einer BAfEP (Bundesbildungsanstalt für Elementarpädagogik) nach der Ausbildung einen anderen Berufsweg einschlagen.

Statement einer Kindergartenpädagogin:

Die Ausbildung der Pädagog*innen in den Kinderbildungseinrichtungen sollte eine tertiäre sein. Dies wäre von essenzieller Bedeutung, da somit die Pädagog*innen dem Lehrpersonal in den Schulen endlich gleichgestellt wären. Bildung beginnt mit dem Einstieg in die Bildungseinrichtung, d.h. in die Krabbelstube oder den Kindergarten. Dies muss man endlich auch den Menschen bewusst machen.

In der Bevölkerung werden Pädagog*innen immer noch abwertend als „Kindergartentanten“ gesehen, welche die Kinder halt ein wenig beschäftigen sollen. Die Arbeit mit Kindern ist eine wunderbare, aber auch hoch komplexe Aufgabe. Die Herausforderungen im Bildungsbereich steigen stetig an. Die Pädagogik ist eine Materie im ständigen Wandel. Wir müssen uns stets an den neuesten Erkenntnissen und Forschungsergebnissen orientieren, um die Kinder, in jeder Beziehung, optimal und immer auf dem neuesten Stand der Wissenschaft zu fördern. Eine noch fundiertere Ausbildung wäre ein Garant für eine kompetenz- und stärkenorientierte Entwicklung der Kinder. Es würde auch dem Bildungspersonal mehr bringen. Höhere Ausbildung bedeutet mehr Verdienst. Es ist nicht einzusehen, dass jede*r HTL-Absolvent*in oder Banker*in mehr verdient als unsere Pädagog*innen, denn diese arbeiten mit unserem wertvollsten Schatz: mit unseren Kindern.

Für alle diese Maßnahmen und Neuerungen braucht es aber mehr Knödel. Deshalb fordern wir Kinderfreunde die Kindergartenmilliarde!

Cornelia Egger ist seit 2012 in der pädagogischen Qualitätssicherung der Familienzentren GmbH der OÖ Kinderfreunde tätig.



Elementarbildung schafft Mehrwert für die Gesellschaft

Die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden und es braucht eine höhere Finanzierung. Die Kinder müssen abgeholt werden, wo sie stehen, und es muss auf ihre Bedürfnisse eingegangen werden. Nur so ist eine Entfaltung ihrer Talente möglich. Dazu braucht es aber Raum und Zeit. Beides ist in der Realität ein seltenes Gut. Es ist der unendlichen Geduld, Motivation und Kreativität der Pädagog*innen geschuldet, dass so hochwertig gearbeitet wird. Dabei sollte es längst in allen Köpfen veran-

den wir jetzt in die Kinderbildung investieren, kommt zehnfach zurück – wenn wir es auf rein wirtschaftlicher Ebene betrachten wollen.

Alle Kinder haben sich Chancengleichheit und die beste Bildung verdient. In den Einrichtungen der Kin-

„Alle Kinder haben sich Chancengleichheit und die beste Bildung verdient.“

„Jeder Cent, den wir jetzt in die Kinderbildung investieren, kommt zehnfach zurück.“

kert sein, dass eine exzellente Bildung zwar Geld kostet, daraus allerdings später ein unendlicher, gesellschaftlicher Mehrwert wächst. Jeder Cent,

derfreunde werden Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, Vielfalt und Solidarität gelebt und vermittelt. Die Kinderfreunde machen sich in ihrer neuen Kampagne dafür stark, dass es für Kinderbildung einfach „mehr Knödel“ (=Geld) geben muss. Und wir werden weiterhin mutig unseren Weg gehen, um Kindern echte Perspektiven zu geben. Für ein gutes Leben für alle Kinder!

Industrie ade?

Das Schicksal der Arbeitnehmer*innen bei MAN in Steyr bewegt viele Menschen weit über das Traunviertel hinaus. Warum der Staat jetzt handeln muss.

JOHANNES RENDL

Mit dem MAN-Werk in Steyr soll nun ein Stück Arbeiter*innen-Geschichte im Industrieland Oberösterreich zu Ende gehen. Trotz der vielen Schicksale, die an diesen Arbeitsplätzen hängen, hat die Spitze der (Landes-)Regierung sich nicht in den Prozess eingeschaltet. Die Abwicklung des Werkes in Steyr wurde allein dem Münchner Unternehmen überlassen. Berechtigte Forderungen nach einer staatlichen Beteiligung haben konservative Politik und Medien als wenig Vorteilhaft für die Steuerzahler*innen gebrandmarkt. MAN alleine soll die Vorgangsweise überlassen werden, ohne Blick auf die Bedürfnisse in der Region und ihrer Menschen.

Teuer erkaufte Standortgarantie

2019 schloss die Unternehmensführung von MAN mit der Belegschaft eine Standortgarantie bis zum Jahr 2030 ab. Das gab vielen Arbeiter*innen im Werk Planungssicherheit, die heute nicht mehr selbstverständlich ist – besonders nach 30 Jahren Globalisierung

„Seit den 1990er Jahren steht die Attraktivität für ausländisches Kapital und nicht das Wohl der Arbeitnehmer*innen im Fokus staatlicher Wirtschaftspolitik.“

und der konstanten Beschneidung von Arbeitnehmer*innen-Rechten. Seit den 1990er Jahren steht die Attraktivität für ausländisches Kapital und nicht das Wohl

der Arbeitnehmer*innen im Fokus staatlicher Wirtschaftspolitik. Auslagerungen von Produktion sind in Österreich gang und gäbe. Unsere östlichen Nachbarn und Asien locken mit niedrigeren Lohnkosten und schlechteren Arbeitsschutzgesetzen. Die Standortgarantie bei MAN wurde also teuer erkaufte. In jeder Schicht muss ein LKW gratis gebaut werden. Gewisse Überstunden wurden nicht mehr ausbezahlt.

MAN nutzt Corona-Krise zur Standortverlagerung

Und trotz dieser Extraprofite über lange Jahre, trotz der Rentabilität des Werks nutzte das deutsche Unternehmen die Gunst der Stunde nach dem Ausbruch der Corona-Krise und kündigte alle Verträge auf. Die Produktion soll nach Polen verlagert werden. Dasselbe Schauspiel hatte sich im Sommer 2020 beim Motorenbauer ATB in Spielberg abgespielt, hier unter chinesischem Management. Die Planungssicherheit bricht für die Beschäftigten weg, Kredite für Häuser, Autos usw. können nicht mehr bedient werden. Über 8.000 Jobs, die an den MAN-Werken hängen, würden in der Region verloren gehen. Das einzige Angebot, das MAN angenommen hätte, war jenes des Investors Siegfried Wolf. Wolfs Vorschlag hätte Lohnkürzungen und Entlassungen bedeutet. Die Mehrheit der Belegschaft lehnte das in einem Votum ab. Seither versucht sich MAN in Kraftmeierei, entlässt sukzessive Leiharbeiter*innen und versucht Arbeiter*innen und Angestellte gegeneinander auszuspielen.

Was macht die Politik?

Pamela Rendi-Wagner hat früh eine staatliche Beteiligung bei MAN ins Feld geführt, Birgit Gerstorfer zog nach und das mit gutem Grund: Arbeitsplätze könnten in der Region gehalten werden und notwendige Transformationen im

DER AUTOR:

Johannes Rendl ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut (www.jbi.or.at).



Bereich der grünen Mobilität stattfinden. Die Steyrer-Werke könnten in ihrer langen Geschichte wieder ein Musterbetrieb werden. Dieses Mal in Fragen der Ökologie. Der Arbeitsminister Martin Kocher war aber prompt zur Stelle, um sich gegen eine solche Lösung auszusprechen. Die Kommentarspalten heimischer Medien führten den Nachteil der Steuerzahler*innen bei einer staatlichen Beteiligung ins Feld. Eingriffe, so die Argumentation, sollen überhaupt nur vorgenommen werden, wenn das Unternehmen Verluste schreibt. In einem solchen Fall sollen Verluste sozialisiert und den Steuerzahler*innen aufgebürdet werden. Wenn die Steuerzahler*innen aber profitieren, und zwar durch eine Beteiligung an der Dividende, geht das so manchen neoliberalen Dogmatiker*innen zu weit.

Mehr und nicht weniger Staat

Der Staat muss aber auch bereit sein, sich selbst wieder mehr Einfluss in Wirtschaftsbelangen zu geben. Aktuell befindet er sich in einer selbstverschuldeten Handlungsunfähigkeit. Eine progressive Industriepolitik braucht einen starken Staat, der gewillt ist, einzugreifen und Arbeitsplätze im Land zu halten. Der Staat kann auch als Agent gesellschaftlicher Transformation auf-

„Der Staat muss bereit sein, sich selbst wieder mehr Einfluss in Wirtschaftsbelangen zu geben.“

treten. Die notwendige Demokratisierung von Betriebsstrukturen muss genauso auf der Agenda stehen, um eine ökologische Transformation sozial verträglich gestalten. Durch öffentliche Ausschreibungen können wiederum

„Eine progressive Industriepolitik braucht einen starken Staat, der gewillt ist, einzugreifen und Arbeitsplätze im Land zu halten.“

Lieferketten verkürzt, heimische Wirtschaftskreisläufe gestärkt und Märkte re-regionalisiert werden. Alles mit Beteiligung an zukünftigen Profiten für die öffentliche Hand, die damit notwendige Projekte, wie den Ausbau der Kinderbetreuung, angehen kann.

Statement einer Betriebsseelsorgerin:

Die Aussage „Ich arbeite bei MAN Steyr“ stand bis vor wenigen Monaten für ein gutes, planbares Einkommen. Dieser Arbeitsplatz bedeutete außerdem ein hohes Maß an Sicherheit und Stabilität und erfüllte die Menschen mit Stolz. Ist man beruflich bei MAN angekommen, dann hat man „es geschafft“. Dieses Selbstverständnis hat sich nun ins Gegenteil verkehrt. Die Solidarität mit dem Unternehmen und das starke „Wir-Gefühl“ sind in den vergangenen Monaten im hohen Maße demontiert worden. Dies ist neben dem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes wohl eine weitere emotionale Last, die die Menschen im MAN Werk Steyr derzeit zu tragen haben. Die Zeit des Abwartens und der großen Ungewissheit wird durch den Verlust von Kolleg*innen noch verdichtet. Es macht etwas mit den verbleibenden Menschen im Werk, denn: „Es ist eben nicht wurscht, wenn einer gehen muss“, wie es ein Mitarbeiter nach der Entlassung seiner beiden „Leasingkollegen“ formuliert hat.

Die Mitarbeiter*innen erleben die gegenwärtige Situation im Werk sehr unterschiedlich. Es macht einen Unterschied ob ich Mitte zwanzig bin, gerade einen Kredit für das Eigenheim aufgenommen habe oder Ende fünfzig, die Kinder außer Haus sind und der Bankkredit fast abbezahlt ist. So unterschiedlich die jeweiligen Lebensphasen der Menschen sind, so verschieden werden auch ihre Hoffnungen in Bezug auf zukünftige Entscheidungen aussehen. Diese unterschiedlichen Sichtweisen und Emotionen gilt es innerhalb des Werks auszuhalten und neben der persönlichen existenziellen Sorge auch den Blick auf Kolleg*innen wach zu halten.

Mein Respekt gilt in diesen Monaten allen Menschen, die sich für einen starken Zusammenhalt innerhalb der Belegschaft einsetzen und eine gute Lösung für möglichst alle 2300 Mitarbeiter*innen im Blick haben.

Ulrike Hammerl ist Betriebsseelsorgerin bei „Treffpunkt mensch&arbeit Steyr“



Das deutsche Unternehmen MAN nutzte die Gunst der Stunde, um die Produktion nach dem Ausbruch der Corona-Krise nach Polen zu verlagern und kündigte alle Verträge auf.



Achtung: Pflege-Baustelle(n)!

Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt: Ohne (professionelle) Pflege geht in (Ober)österreich nichts. Dennoch gibt es viele offene Baustellen im Pflegebereich.

HEIDEMARIE STAFLINGER

69.022 Menschen bezogen im Jahr 2020 in Oberösterreich Pflegegeld. Glaubt man demografischen Entwicklungen und Prognosestudien, so ist die Zahl von Menschen mit Pflegebedarf in Zukunft wachsend. Auch wenn die Medien seit über einem Jahr voll sind von Beiträgen über die Bedeutung der Pflege und sich viele Stimmen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Pflege einsetzen, sind gerade erst die ersten Schritte getan und viele Baustellen offen, die uns auch über den Sommer hinweg noch beschäftigen werden.

Pflege daheim – ein Gewinn für alle?

Alt werden in den eigenen vier Wänden – für viele Oberösterreicher*innen der größte Wunsch und auch politisch mit

Reformen dürfen nicht ausschließlich die Pflege betreffen; es braucht echte Verbesserungen für alle Berufsgruppen im Krankenhaus und in allen Bereichen, in denen Pflege, Gesundheit und Betreuung angeboten werden.

dem Grundsatz „mobil vor stationär“ fest in der Pflegeversorgung verankert. Rund dreiviertel der Oberösterreicher*innen mit Pflegegeldbezug leben daheim. Nicht alle können dabei auf die Pflege und Betreuung durch professionelle mobile Dienste zurückgreifen. Die 24-Stunden-Betreuung ist immer noch ein Nischenangebot und nicht erst in der Corona-Pandemie wurden die Schwachstellen dieses Systems besonders deutlich. Zusammengefasst: Eine große Gruppe von Menschen mit Pflegebedarf in Oberösterreich hat keine Möglichkeit, professionelle Pflege und Betreuung in Anspruch zu nehmen, weil entweder das Angebot nicht vorhanden oder nicht leistbar ist.

Erhebungen zufolge ist jede*r zehnte Österreicher*in pflegende*r Angehörige*r. Vor allem Frauen erbringen Pflege- und Betreuungsleistungen und haben dabei oft eine Mehrfachbelastung durch zeitgleiche Erwerbsarbeit, Kinderbetreuung und nicht zuletzt Homeschooling. Nicht selten haben pflegende Angehörige selbst schon Unterstützungsbedarf. Inwieweit Pilotmodelle der Anstellung von pflegenden Angehörigen zu einer Erleichterung beitragen können, muss erst in der Praxis getestet werden. Die laufende – und durch Corona mehrfach verschobene – Pflegereform auf Bundesebene hat sich zum Ziel gesetzt, die Pflege daheim zu stärken. Wichtig wird es dabei aber vor allem sein, die professionellen Strukturen von Angehörigen-Entlastungsdiensten, Kurzzeitpflege und Tagesbetreuung sowie die mobilen Dienste massiv auszubauen. International betrachtet hat Österreich hier noch Aufholbedarf. Laut OECD liegt Österreich mit den Ausgaben von ca. 1,5 Prozent für professionelle Pflege (Anteil am BIP) noch immer im hinteren Mittelfeld, klar hinter Staaten wie Norwegen, Schweden oder den Niederlanden, die beinahe das Doppelte für professionelle Strukturen ausgeben.

DIE AUTORIN:

Heidemarie Staflinger verfasst seit fast zwanzig Jahren Arbeiten zum Thema Arbeitswelt Pflege und Gesundheit. Sie ist ausgebildete Heimleiterin (E.D.E.-Zertifikat)



rigen zu einer Erleichterung beitragen können, muss erst in der Praxis getestet werden. Die laufende – und durch Corona mehrfach verschobene – Pflegereform auf Bundesebene hat sich zum Ziel gesetzt, die Pflege daheim zu stärken. Wichtig wird es dabei aber vor allem sein, die professionellen Strukturen von Angehörigen-Entlastungsdiensten, Kurzzeitpflege und Tagesbetreuung sowie die mobilen Dienste massiv auszubauen. International betrachtet hat Österreich hier noch Aufholbedarf. Laut OECD liegt Österreich mit den Ausgaben von ca. 1,5 Prozent für professionelle Pflege (Anteil am BIP) noch immer im hinteren Mittelfeld, klar hinter Staaten wie Norwegen, Schweden oder den Niederlanden, die beinahe das Doppelte für professionelle Strukturen ausgeben.

Pflege – ein Arbeitsmarkt mit Zukunft?

Laut einer Studie der Gesundheit Österreich GmbH braucht Österreich vorsichtig geschätzt bis 2030 75.000 zusätzliche Pflegekräfte (Vollzeitstellen), um die Herausforderungen zu meistern. Pflege ist noch immer ein Beruf, der aufgrund der Vereinbarkeit, von Arbeitsabläufen, aber auch aufgrund der hohen Belastungen, zu hohen Anteilen in Teilzeit ausgeübt wird. 100.000 zusätzliche Menschen für die Pflege zu gewinnen, ist daher ein angestrebtes Ziel in Öster-



reich. Woher sollen nun alle diese Menschen gewonnen werden, wenn in allen Bereichen ein Personalmangel beklagt wird? Initiativen, massiv Pflegekräfte aus anderen Ländern abzuwerben, werden auf Dauer nur einen kleinen Beitrag dazu leisten, für die (ober)österreichische Pflege genug hochqualifizierte und engagierte Menschen zu gewinnen.

Vielmehr braucht es den Ausbau von Ausbildungsplätzen und die Attraktivierung der Ausbildungen, wie zum Beispiel durch die Bezahlung von Praktika, Ausbildungsentschädigungen und Stipendien, von denen Menschen auch während der Ausbildung gut leben können oder den Ausbau von Teilzeitausbildungen – auch regional. Durchlässige Bildungssysteme sollen dazu beitragen, dass auch Menschen im Laufe ihrer Berufskarrieren sich für die Pflege entscheiden. Initiativen, wie die Pilotversuche an höheren Schulen oder der Lehrgang „Junge Pflege“, tragen dazu bei, auch junge Menschen für die Pflege zu begeistern und langfristig unterstützt durch Praxisanleitung und Einarbeitung in der Pflege zu halten. Letztendlich wird es nicht nur darum gehen, genug (junge) Menschen für die Pflege zu gewinnen, sondern sie auch in der Pflege zu halten. Dazu braucht es Rahmenbedingungen, die ein gesundes und zufriedenes Arbeiten bis zur Regelpension ermöglichen.

Gute Arbeits- und Rahmenbedingungen sichern Pflegezukunft

Pflegen kann nicht jede*r. Spätestens die Bilder und Schilderungen des Corona-Jahres machen stärker denn je deutlich:

„Pflege ist mehr als Nächstenliebe; sie ist ein hochprofessioneller Beruf, der vielfältig und bunt ist. Menschen in der Pflege brauchen daher Rahmenbedingungen, die ein gesundes und würdevolles Arbeiten ermöglichen.“

Pflege ist mehr als Nächstenliebe; sie ist ein hochprofessioneller Beruf, der vielfältig und bunt ist. Menschen in der Pflege brauchen daher Rahmenbedingungen, die ein gesundes und würdevolles Ar-

Statement eines Krankenpflegers:

Die Pflege in der Krise

Über „die Pflege“ spricht das ganze Land. Nicht nur die Corona-Pandemie bringt die Pflege an die Grenze ihrer Belastbarkeit. Zu geringe Personalschlüssel in stationären Einrichtungen, zu wenig Zeit in der mobilen Pflege und der fehlende Nachwuchs in Verbindung mit einer bevorstehenden Pensionierungswelle tun ihr Übriges.

Herausforderungen in der Krise

Die Pandemie verlangte unseren Pflegekräften Vieles ab. Kurzfristiges Einspringen, wenn Kolleg*innen erkrankten oder aufgrund von Stationsschließungen Dienstpläne umgeschrieben wurden, standen auf der Tagesordnung. Während in den stationären Einrichtungen Schutzausrüstung rasch beschafft wurde, dauerte die Beschaffung in der mobilen Pflege länger. Auch die psychische Belastung war enorm. Nicht zu wissen, ob man morgen kurzfristig zum Dienst erscheinen muss, ob die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen rechtzeitig organisiert werden kann, ob man sich im Dienst ansteckt und damit auch die Angehörigen zu Hause gefährdet – das ging nicht spurlos an den Kollegen*innen vorüber.

Krise als Chance nutzen

Gleichzeitig nutzten Kollegen*innen die Pandemie als Chance, um sich weiterzubilden. Eine mir bekannte Reinigungskraft absolviert derzeit im Rahmen einer Bildungskarenz die Ausbildung zur Pflegeassistentin. Sie stößt dabei auf viele Hürden, da sie aufgrund gesetzlicher Vorgaben zwar die Ausbildung im Kepler Universitätsklinikum absolvieren darf, nicht aber die verpflichtenden Praktika. Sie wird die Ausbildung trotzdem absolvieren. Und anschließend unser Team unterstützen.

Branko Novaković, BA ist Vorsitzender des Zentralbetriebsrats im Kepler Universitätsklinikums und diplomierter Gesundheits- und Krankenpfleger.



beiten ermöglichen. Die Aufgaben und Anforderungen in allen Bereichen der Pflege haben sich im letzten Jahrzehnt stark verändert. Die Personalberechnungsmodelle und Dienstpostenberechnungen, die die Aufgaben abbilden sollen, stammen noch häufig aus dem letzten Jahrtausend. Für die Heime wurden in den letzten Jahren erste Verbesserungen erreicht: Ein zusätzlicher Nachtdienst, der Einsatz von Unterstützungsberufen und eine teilweise Reduktion der Vollzeitarbeitszeit werden von den Beschäftigten in den über 130 Heimen als erster positiver Schritt gesehen. Die Pflegedokumentation in den Heimen wird (unterstützt durch den AK-Zukunftsfond) neu aufgestellt und bringt noch mehr Nutzen für die Bewohner*innen bei gleichzeitiger Entlastung von fast 7.000 Beschäftigten.

Mit Spannung wird erwartet, wie sich die auf Bundesebene groß ange-

kündigte Pflegeform der Langzeitpflege (Heime und mobile Dienste) in Oberösterreich tatsächlich auswirken wird. Aber nicht nur in der Langzeitpflege besteht Handlungsbedarf. Auch in den Krankenhäusern braucht es nachhaltige Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen, damit auch in Zukunft eine bestmögliche Pflege- und Arbeitsqualität gewährleistet ist. Echte Reformen dürfen dabei aber nicht ausschließlich die Pflege betreffen; es braucht echte Verbesserungen für alle Berufsgruppen im Krankenhaus und in allen Bereichen, in denen Pflege, Gesundheit und Betreuung angeboten werden. Bereits ausbezahlte und angekündigte Prämien sind ein erster Schritt zur Wertschätzung der Leistungen im Arbeitsfeld Pflege und Gesundheit. Langfristig braucht es attraktive Arbeitsbedingungen und finanzielle Anerkennung für alle Berufsgruppen.

BSA & Junge Generation OÖ

Ibiza-Geflüster

Was ist ein Untersuchungsausschuss? Wer darf sich das Ibiza-Video ansehen? Wo sind die geschredderten Festplatten hin?

All diese Fragen und noch viel mehr beschäftigten uns beim Ibiza-Geflüster. Gemeinsam mit Fraktionsvorsitzenden des Ibiza-Untersuchungsausschusses NAbg. Jan Krainer diskutierte Landesvorsitzende der Jungen Generation OÖ NAbg. Evi Holzleitner über verschiedenste Themen rund um den Ibiza-Untersuchungsausschuss. Das Geflüster wurde als Online-Veranstaltung auf Facebook übertragen und war für alle Interessent*innen frei zugänglich. Von der stv. Bundesvorsitzenden der Jungen Generation Sandra Pühringer wurde die Diskussion moderiert. Die Zuseher*innen hatten außerdem die Möglichkeit im Chat Fragen zu stellen, die im Gespräch mit den Diskussionspartner*innen beantwortet wurden.

Die Veranstaltung wurde in Kooperation zwischen der Jungen Generation OÖ und dem BSA Wels-Grieskirchen-Eferding-Ried organisiert und ist jederzeit auf der Facebookseite der Jungen Generation OÖ nachzusehen.



Sozialistische Jugend OÖ

Petition für mehr freie Seezugänge eingebracht!

Österreichs Seen sind wunderschön und laden zum Baden und Entspannen ein. Der Zugang zum See wird jedoch oft durch private Luxusgrundstücke versperrt. So sind zum Beispiel am Attersee 76 % der Uferfläche in privater Hand.

Weil dieser Zustand nicht länger hinnehmbar ist, hat die SJ im vergangenen Jahr eine Petition für mehr freie Seezugänge gestartet. „Über 8.000 Menschen haben unser Anliegen unterstützt. Bald wird es wieder richtig heiß und gerade in Pandemiezeiten ist es wichtig, dass wir Alle genügend Platz an unse-

ren Naturjuwelen haben“, bekräftigt Nina Andree, Vorsitzende der SJ OÖ. Die SJ brachte deswegen die Petition in den Landtag ein und dieser muss sich nun damit beschäftigen. Spätestens jetzt ist die ÖVP gefordert mehr kostenlose und öffentliche Seezugänge zu schaffen. „Landeshauptmann Stelzer und die ÖVP müssen jetzt unter Beweis stellen, ob sie sich für die Anliegen der Menschen in Oberösterreich einsetzen oder ob sie lieber weiterhin Politik für einige wenige Reiche und Villenbesitzer betreiben“, so Andree abschließend.

SJOÖ Vorsitzende Nina Andree, SPOÖ Klubvorsitzender Michael Lindner und SPOÖ Tourismussprecherin Doris Magreiter (v.l.n.r.) unterstützen die Petition der SJ für mehr freie Seezugänge.



SPÖ OÖ / Renner Institut

Arbeitsklausur - Qualifiziert in die Wahl

Besonders für die Kandidat*innen zum Landtag ist eine gute Wahlvorbereitung unabdingbar. Sie sind Lokomotiven der Wahlbewegung und motivieren durch ihr Tun und mit ihrem Know-how Funktionär*innen genauso wie Wähler*innen.

Deshalb veranstaltete die SPÖ OÖ mit dem Renner Institut – selbstverständlich unter höchsten Corona Sicherheitsvorkehrungen – in der Messe Wels eine Weiterbildungsveranstaltung für jene Vorstandsmitglieder der Bezirksghremien, die für den Landtag kandidieren.

Die einzelnen Qualifizierungsaspekte wie Interview-Training oder Story-Telling, das Foto- und Video-Shooting waren wichtige Teile des Wochenendes. Doch der wahre Höhepunkt war das Zusammenkommen, der Austausch und der Spaß miteinander.

Ein gelungener interner Wahlauftakt!

Die Mitglieder der Gremien tagten zwar mit großem Abstand zueinander, kamen aber ihren Zielen beständig näher.



Bundesbildung

Online-Konferenz unter dem Motto „Das EUROPA von MORGEN“

„Das EUROPA von MORGEN“ – so lautete das Motto der Bundesbildungskonferenz der SPÖ, die am 8. Mai 2021 als Online-Konferenz stattgefunden hat.

Nach Grußworten von SPÖ-Bundesparteivorsitzender Pamela Rendi-Wagner, Wiens Bürgermeister Michael Ludwig und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch stand neben Berichten und einer lebendigen Diskussion der verschiedenen Anträge die Neuwahl des SPÖ-Bundesbildungspräsidiums auf der Tagesordnung. Gerhard Schmid wurde mit eindrucksvollen 97,8 Prozent der Stimmen als SPÖ-Bundesbildungsvorsitzender wiedergewählt. Schmid bedankte sich für das Vertrauen und betonte, dass „die Bildungsarbeit die Grundlage für eine kraftvolle und erfolgreiche Sozialdemokratie ist, die es versteht, gegen Armut, gegen Ungerechtigkeiten und für Arbeit zu kämpfen.“

Die beiden Oberösterreicher*in im Bundesbildungspräsidium, Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger und die Steyrer Bezirksbildungsvorsitzende Lisa Wesp, wurden jeweils mit 100 Prozent Zustimmung bestätigt.



SPÖ-Bundesbildungskonferenz – in diesem Jahr online,
sehr lebendig und diskussionsfreudig.

SPÖ Frauen Oberösterreich / Jahoda-Bauer Institut

Gewalt beginnt nicht mit dem Mord

2021 wurden bereits 14 Frauen durch ihren (Ex-)Partner ermordet. Nicht einmal alle 10 Tage verzeichnet Österreich einen Femizid. Damit nimmt Österreich im EU-Vergleich sogar den letzten Platz ein: In keinem anderen Land werden mehr Frauen als Männer ermordet. Es handelt sich nicht um „Familiendramen“, „Ehetragödien“ oder „Eifersuchtsdramen“ – es sind brutale Morde von Männern an Frauen aufgrund ihres Geschlechts. Es sind Morde, die uns erschüttern.

Doch warum sterben in Österreich so viele Frauen durch männliche Gewalt? Insbesondere unter ÖVP/FPÖ wurden vorhandene Strukturen jedoch immer mehr zerschlagen: Frauenhäuser und Gewaltschutzeinrichtungen sind massiv unterfinanziert, ebenso wurden die wichtigen Fallkonferenzen zwischen Polizei und Gewaltschutzeinrichtungen gekappt. Dadurch fehlt der Informationsaustausch über Täter und damit ein wichtiges Instrument zur Gewaltprävention. Das neue Gewaltschutzpaket sieht jedoch zukünftig wieder mehr Fallkonferenzen vor.

Du möchtest mehr über das Thema Gewalt an Frauen erfahren? Warum diese tief in unserer Gesellschaft verankert ist und warum es mehr Bewusstseinsarbeit braucht? Dann schreib uns an office@jbi.or.at oder schau vorbei unter www.jbi.or.at/gewalt-an-frauen.

Unterstütze unsere Forderungen und kämpfe gemeinsam mit uns für ein gewaltfreies Leben für alle! Jetzt unterzeichnen: SPÖ-Petition „Stoppt Femizide. Endlich ein Ende der Gewalt gegen Frauen“ www.frauen.spo.e.at/2021/04/29/spoe-petition-stoppt-femizide-endlich-ein-ende-der-gewalt-gegen-frauen/

Die SPÖ Frauen Oberösterreich gedenken gemeinsam mit dem Bündnis 8. März OÖ den ermordeten Frauen bei einer Kundgebung.

„Für echte Sicherheit braucht es ein gesellschaftliches Umdenken sowie eine sofortige Aufstockung der finanziellen Mittel für echten Gewaltschutz.“

Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer

Wir fordern:

- Mehr Mittel für echten Gewaltschutz
- Den Ausbau der Frauen- und Mädchenberatungsstellen in allen Bundesländern
- Mehr Frauenhausplätze und Übergangswohnungen in allen Bundesländern
- Österreich muss seinen Verpflichtungen im Rahmen der Istanbul-Konvention nachkommen
- Einen Bundesweiten Gewaltschutzgipfel mit Expert*innen

